

Soziale und politische Institutionen in der radikalen Demokratie

Malte Miram

Malte Miram: malte.miram@uni-bonn.de

Ausgangspunkt des Vortrages ist die Annahme, dass über Alternativen zu bestehenden politischen Institutionen oder sogar zur institutionellen Verfasstheit von Politik nur auf der Grundlage eines eindeutigen oder zumindest definierten Institutionenverständnisses wissenschaftlich diskutiert werden kann.

Dieser Umstand erscheint allerdings weder in den Ursprüngen radikaler Demokratie(-theorien) noch in der Diskussion um deren institutionelle Umsetzung – bzw. der Skepsis gegenüber einer solchen – ausreichend reflektiert. Ein Grund hierfür scheint die disziplinäre und interdisziplinäre Umstrittenheit des Institutionenbegriffs zu sein.

Die Möglichkeiten von Institutionalisierungen radikaler Demokratie werden deshalb anhand der Vielfalt diskursiv einflussreicher Institutionenverständnisse aufgerollt. Die Pluralität von Institutionenverständnissen umfasst dabei die soziologische Verwendung und Dimensionierung des Institutionenbegriffs, die Differenzierung sozialer und politischer Institutionen in der politiktheoretischen Institutionentheorie sowie formale politische Institutionen, welche sich weitestgehend mit dem alltagssprachlichen Umfang politischer Institutionen (Staatsapparat) decken.

In einer rekonstruktiven Perspektive auf die radikale Demokratietheorie werden anhand ausgewählter Theoretiker*innen folgende Fragen diskutiert: Welche Institutionen werden in radikalen Demokratietheorien thematisiert? Welche Institutionen werden abgelehnt bzw. kritisch beleuchtet? Und gibt es auf der anderen Seite – etwa im Sinne funktionaler Äquivalente – (politische) Institutionen, welche affirmativ bzw. veränderungsoffen im Sinne einer emanzipativen Theorie des Politischen thematisiert werden?

Die angelegte Varianz institutionentheoretischen Denkens erlaubt zum einen die kritische Perspektivierung von Institutionen in den radikalen Demokratietheorien in genetischer und systematischer Absicht (neu) zu fassen. Zum anderen offenbart die Vereindeutigung der Vielfalt der Institutionenverständnisse, dass in der Diskussion um die institutionelle Umsetzung radikaler Demokratie bereits vorhandene radikaldemokratische Institutionen und Institutionalisierungen unterschätzt werden.

Radikale Demokratie und Kommunalität: Praktische Gestaltung von solidarischer Macht in Lateinamerika

Philipp Wolfesberger

Philipp Wolfesberger: ph.wolfesberger@gmx.at

Die Protest- und Vergemeinschaftungsformen neuer sozialer Bewegungen haben sich in ihren theoretischen und empirischen Untersuchungen auf den Globalen Norden u.a. mit der Occupy-Bewegung, Movimiento 15-M, usw. konzentriert. In plurikulturellen Gesellschaften Lateinamerikas kann man diese Auseinandersetzungen nicht nur in spontanen Erhebungen breiter Bevölkerungsgruppen beobachten, sondern über langfristig gelebte Praxis wichtige zeitgenössische Erfahrungen für eine Demokratie in der Krise und dem Ruf nach radikaler Demokratie gewinnen. In den indigenen Gemeinden Mexikos wird eine basisdemokratische, aber nicht autoritätsfreie Gesellschaftsform gelebt, die von indigenen Intellektuellen als Kommunalität entwickelt wird. Die Autorität findet sich in der Kollektivität verortet, die von Konsens gestaltet wird, der jedoch nicht über ein Mehrheitsprinzip gebildet wird, sondern sämtliche Opposition in die soziale Entscheidungsfindung einbindet. Der Konsens ist somit immer in Bewegung und wird von der Gemeinschaft getragen, die in ständiger Spannung mit der externen liberalen Demokratie des politischen Parteiensystems steht. Die deliberativen Versammlungen haben andere Zeitlichkeiten und Kommunikationsformen, die in diesem Vortrag über soziologische Feldforschung und narrative Interviews in den indigenen Gemeinden Cherán und Tlahuitoltepec präsentiert werden. Zusätzlich soll das Konzept der solidarischen Macht vorgestellt werden, das sich mit dem möglichen Zusammenspiel zwischen radikaler Demokratie und Kommunalität befasst. Beide streben danach, die Legitimität der Macht über die Kollektivität und nicht über die Repräsentation zu bilden. Die Autorität der Kommunalität zeigt, wie in der Praxis soziale Macht sowohl integrativ als auch verbindlich sein kann. Radikale demokratische Integration wird schwierig, wenn sich das Politische nur aus der individuellen politischen Freiheit bildet und nicht aus der Perspektive der politischen Freiheit in einer kollektiven integralen Form. Eine Radikalisierung der Demokratie muss somit mit einem gemeinschaftlichen Ansatz transformiert werden, der es erlaubt, die Macht von sich selbst, von den Individuen und der Gemeinschaft abzuleiten. In dem Vortrag soll gezeigt werden, wie auf lokaler Ebene soziale Kohäsion in der Art einer radikalen Demokratie aussehen könnte, ohne die Sensibilität unterschiedlicher sozialer und politischer Skalen zu vergessen.

Solidarität – ein vernachlässigtes Moment radikaldemokratischer Praxis?

Andreas Busen

Andreas Busen: andreas.busen@uni-hamburg.de

Durch die Betonung der Kontingenz politischer Ordnung sowie der Bedeutung praktischer Infragestellungen ebendieser Ordnung als zentrales Moment demokratischer Politik eröffnen radikaldemokratische Theorien nicht zuletzt eine erneuernde Perspektive auf soziale und politische Kämpfe und deren emanzipatorisches Potenzial. Wo damit aber eine erneuerte Fokussierung auf die jeweils ‚kämpfenden‘ Gruppen sowie die gesellschaftlichen Logiken und Muster, die die Konstituierung politischer Subjekte, das Sichtbarwerden von Differenzen usw. bedingen, befördern oder behindern, einhergeht, fällt allerdings eine gewisse Einseitigkeit ins Auge – nämlich insofern die Adressatenseite entsprechender Kämpfe fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt von Gegnerschaft und Verhinderung, nicht aber auch unter dem von Unterstützung und Ermöglichung betrachtet wird. Phänomene wie die solidarische Unterstützung, wie sie in unterschiedlicher Form mit nahezu allen emanzipatorischen Bewegungen einhergegangen ist und einhergeht, geraten damit aber systematisch aus dem Blick. Wenn es stimmt, dass die solidarische Unterstützung sozialer und politischer Kämpfe und Bewegungen hinsichtlich der Infragestellung und Verschiebung der Grenzen von ‚Politik‘ sowie der Bedeutung von Freiheit und Gleichheit historisch wirkmächtig gewesen ist, laufen Theorien, die ebendiese Prozesse in den Mittelpunkt stellen, Gefahr, einen relevanten Aspekt zu übersehen, wenn sie Solidarität nicht systematisch erfassen können. Das muss nicht notwendig bedeuten, zu einer theoretisch fundierten Wiederbelebung von Solidarität als (linkem) Kampfbegriff beizutragen; aber auch eine kritische Auseinandersetzung mit konkreten Formen der Solidarisierung, wie sie gerade angedeutet wurde, setzt einen theoretischen Zugriff voraus. Die Fragen, die damit im Raum stehen und denen im hier vorgeschlagenen Vortrag nachgegangen werden soll, sind also, ob eine radikaldemokratische Konzeption von Solidarität möglich ist, wie diese aussehen kann und insbesondere, inwiefern eine solche Konzeption zu einer differenzierteren Beschreibung und Analyse (radikal-)demokratischer Praxis beitragen kann.

Demokratische Teilhabe als Erkenntnisposition. Wissensproduktionen in radikaldemokratischen Aneignungen von Stadt

Gisela Mackenroth

Gisela Mackenroth: gisela.mackenroth@izew.uni-tuebingen.de

Eine durch Bürger*innenbeteiligung begleitete Stadtteilentwicklung, Mieter*innenproteste, (Kultur-)Projekte mit dem Ziel der Ermächtigung zu politischer Teilhabe und zugleich eine lokale Konjunktur rechtspopulistischer Deutungsmuster: Der mietpolitische Konflikt im Sanierungsprozess des Stuttgarter Stadtteils Hallschlag wurde bisher als Krise politischer Partizipation untersucht. Der Vortrag möchte nun nach zivilgesellschaftlichen Gegenentwürfen dazu fragen. Dafür sollen die vielgestaltigen Forderungen nach und Angebote von demokratischer Teilhabe im Stadtteil mit der Frage nach Erkenntnispositionen in der politischen Theorie Jacques Rancières diskutiert werden. Denn mit Blick auf die „Nacht der Proletarier“ und die pädagogische Beziehung im „emanzipierten Zuschauer“ ist die radikaldemokratische Situation nicht nur ein politischer und ästhetischer Sprechakt des „Unvernehmens“. Sie kann auch als Prozess der Bildung und Wissensproduktion verstanden werden. In der Nähe der Stadtforschung zu politischen Bewegungen lässt sich dazu ein Gegenüber finden. Bereits in ihren Anfängen bestehen Ambitionen partizipativer Wissensproduktion. Anführen lassen sich ethnographisch weitergeführte Praktiken urbaner Erkundungen, die das praktische Wissen vor Ort ernst nehmen, wie das „nosing around“ oder das „dérive“. Im betrachteten Fallbeispiel sind derartige Grundlagen auch in der institutionellen stadtpolitischen Bürger*innenbeteiligung einer unternehmerischen Stadt erkennbar, als Identifikationsmöglichkeit mit dem Imagewechsel oder in Projekten zur Vernetzung nachbarschaftlicher Kompetenzen. Sie finden sich zugleich in informellen partizipativen Praktiken wieder, beispielsweise in der ethnographischen Archivierung schwindender Aneignungsprozesse des Stadtteils durch Bewohner*innen, im kooperativen mietpolitischen Einsatz strategischen politischen Wissens oder in nachbarschaftlichen Projekten, die gegenüber dem Stigma des Stadtteils ermächtigend auf Bildung abzielen. Der Beitrag möchte die unterschiedlichen Wissensproduktionen in diesen institutionellen und informellen politischen Praktiken herausarbeiten und vergleichen. Mit den vorgefundenen Beteiligungssituationen soll weitergefragt werden, ob Rancières Gegenüberstellung „polizeilicher“ Wissensvorsprünge und „politischer“ Übersetzung trägt oder ob eine demokratische Praxis nicht als ein jeweiliges konflikthafte Zusammenwirken dieser verschiedenen Erkenntnispositionen gedacht werden muss.

Jacques Rancière – Die Störung als Praxis der Theorie

Thomas Linpinsel

Thomas Linpinsel: Thomas.Linpinsel@sowi.uni-giessen.de

Ein Ort widerständischer Ideen ist die Universität im Denken Jacques Rancières nicht. Bereits in seiner Distanzierung vom wissenschaftlichen Marxismus im Sinne seines ehemaligen Lehrers Louis Althusser verdichtet sich die demokratische Frage im Problem der Politik des Wissens. Nicht unähnlich zu zahlreichen französischen Interpreten des Ereignisses 68 wird der Zusammenhang von Macht und Wissen zum zentralen Reflexionsgegenstand in seinem Denken. Ob als pädagogisches Konzept, als Kritik an den Sozialwissenschaften oder in Auseinandersetzung mit diversen Formen expertokratischer Regierungspraxen: Stets identifiziert er eine antidemokratische Macht des Wissens, die sich paradigmatisch in der Figur des wissenden Lehrmeisters manifestiert. Diesem Wissen der Polizei stellt Rancière ein demokratisches Wissen der Beliebigen entgegen. Als Methode der Gleichheit hält er also am Ideal des emanzipierenden Wissens fest, welches sich als Störung der Wissensordnung der Polizei zur Geltung bringt. Genau diese Konfrontation von Polizei und Gleichheit erzeugt ein Unvernehmen, welches zum Demokratieideal im Denken Rancières erhoben wird.

In meinem Vortrag werde ich die Verbindung zwischen Wissen und Demokratie in der Werkentwicklung Rancières nachzeichnen und zeigen, wie sich bei ihm eine an-archistische Variante Radikaler Demokratietheorie findet. Letztlich fundiert Rancière seine Staats- und Institutionenkritik in einem radikal hierarchiefeindlichen Wissenskonzept. Daran anschließend lässt sich zeigen, dass mit Rancière aktuelle Debatten um den Zusammenhang zwischen Wissen(schaft) und Demokratie jenseits einer Rückkehr in den naiven Positivismus auf der einen Seite und einer verschwörungstheoretischen neuen Esoterik auf der anderen Seite interpretiert werden können und sich die Methode der Gleichheit im Sinne einer öffentlichen Gesellschaftswissenschaft auch forschungspraktisch konzeptualisieren lässt. Mit dieser Methode findet sich ein Denkmodell, das es erlaubt, die Rolle der Universität im akademischen Kapitalismus reflexiv zu hinterfragen und eine Form wissenschaftlicher Wissensproduktion zu denken, die am demokratischen Ideal der Gleichheit sich entfalten und so Teil einer emanzipierenden Praxis sein kann. Kern meiner Überlegungen werden die Bühnen des Unvernehmens als Ort der Verbindung zwischen einer Demokratisierung der Demokratie und einer demokratischen Wissenschaft sein.